

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 19. November 2015**  
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender  
Bürgermeister Dr. Wilke
- Stadträtinnen und Stadträte: Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Böhringer, Claassen,  
Cyperrek, Denzer, Escher, Glattacker, Herzog, Heuer,  
Höfler, Jaenisch, Kiefer, Krämer, Kurfeß, Lindemer,  
Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach,  
Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogel-  
pohl, Werntaler, Wiesiollek
- Entschuldigt: Di Prima, Perinelli
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger  
Fachbereichsleiterin Buchauer  
Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer  
Fachbereichsleiterin Staub-Abt  
Leiterin Büro Vorstand Williams (bis 18.45 Uhr)  
Fachbereichsleiter Bauer  
Fachbereichsleiter Bühler  
Fachbereichsleiter Dullisch  
Fachbereichsleiter Kleinmagd  
Fachbereichsleiter Welz  
Betriebsleiter Droll  
Betriebsleiter Langela  
Betriebsleiter Schäfer  
Herr Adams (bis 18.45 Uhr)
- Urkundspersonen: Stadträtin Jaenisch und Stadtrat Vogel
- Schriftführung: Frau Heinze (bis 19.15 Uhr)  
Herr Ockenfuß (ab 19.15 Uhr)
- Beginn: 17.30 Uhr
- Ende: 20.30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Vorsitzende, dass der Tagesordnungspunkt 7 „Untersuchung zu Modal Split (Antrag der Fraktion Die Grünen vom 24.08.2015)“ abgesetzt werde. Dieser solle vielmehr zusammen mit der Forderung nach einem Gesamtverkehrskonzept (Antrag der Fraktionen der CDU und Freien Wähler vom 3.11.2015) in der Haushaltsplanberatung am 3. Dezember 2015 behandelt werden.

## **TOP 1**

### **Einbringung des Haushalts 2016**

Der Vorsitzende verweist auf die verteilten Exemplare des Haushaltsplanentwurfs 2016 und nimmt zur Situation der städtischen Finanzen Stellung, die sich im Vergleich zum Vorjahr verschärft habe. Der Haushalt werde zwar der Maßgabe des Regierungspräsidiums gerecht, keine neuen Schulden aufzunehmen, dies sei aber nur durch Einsparungen, Streichungen oder Verschiebungen an verschiedensten Stellen gelungen und stelle keine dauerhafte Lösung dar. Daher sollen im kommenden Jahr die strukturellen Probleme des Haushalts von einer Kommission beleuchtet werden. Als Eckpunkte geht er auf die rückläufigen Gewerbesteuererinnahmen und die Steigerungen bei den Personalausgaben und der Kinderbetreuung ein. Im investiven Bereich könne die Sanierung des Rathauses und die Brombacher Halle in 2016 nicht angegangen werden. Das Vorhaben müsse um mindestens ein Jahr verschoben werden. Gleichwohl sei es möglich, im kommenden Jahr Investitionen in anderen Bereichen zu tätigen ohne wesentliche Steuererhöhungen zu tätigen.

Fachbereichsleiter Kleinmagd ergänzt die Ausführungen. Er teilt mit, dass der erste Haushaltsentwurf einen Fehlbetrag von 6,5 Mio. EUR im Ergebnishaushalt aufgewiesen habe, der auf rund 700.000,00 EUR reduziert werden konnte. Für die Folgejahre seien die Aussichten schlecht, so dass in den Jahren 2017-2019 Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten vorgenommen werden müssen. Die Einnahmeseite sei zwar so gut wie noch nie, reiche aber für die Finanzierung der Ausgaben nicht aus. Die gestiegene Steuerkraft führe zur Zahlung einer höheren Finanzausgleichs- und Kreisumlage. Trotz der erhöhten Landesförderung für die Kinderbetreuung verbleibe ein Fehlbetrag von rund 8,4 Millionen Euro. Aus diesen Gründen müsse man im kommenden Jahr daran arbeiten, den Ergebnishaushalt für mehr Handlungsspielraum für Investitionen zu ertüchtigen.

Die Verwaltung schlägt ein Haushaltskonsolidierungskonzept zur Verbesserung der finanziellen Lage vor. Es solle eine Strukturkommission eingerichtet werden, die eine Aufgabenkritik, Geschäftsprozessoptimierung und Organisationsprüfung angehe. Zu diesem Zweck seien im Haushaltsentwurf bereits 40.000,00 EUR für eine externe Begleitung eingestellt. Weiter soll eine Verknüpfung mit dem Leitbild erfolgen, da die Aufgaben und damit auch der Ressourceneinsatz an den Prioritäten aus dem neuen Leitbild orientiert werden sollen.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt und verweist auf die Diskussion in der ganztägigen Haushaltsplanberatung am 3. Dezember 2015.

## **TOP 2**

### **Änderung der Gremienbesetzung**

**Vorlage: 207/2015**

Der Vorsitzende erklärt, dass in Folge der im gegenseitigen Einvernehmen aufgelösten Fraktionsgemeinschaft der Freien Wähler und Stadtrat Perinelli über die Sitzverteilung und Besetzung einzelner Gremien zu entscheiden sei. Stadtrat Perinelli gehöre dem Gemeinderat weiterhin an.

Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer geht ergänzend auf das Erfordernis zur Anpassung der Sitzverteilung ein. Stadtrat Perinelli erfahre als einzelner Stadtrat keine Nachteile.

Da im Gemeinderat kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf besteht, erteilt der Vorsitzende Herrn Peter Jensch aus der Zuhörerschaft das Wort.

Herr Jensch bittet das Gremium um Ablehnung der Beschlussvorlage und stellt seine Rechtsauffassung zu dem Sachverhalt dar. Nach der erstmaligen Besetzung der Gremien gehe das Mandat auf die jeweiligen Personen über und könne somit diesen, im Speziellen Stadtrat Perinelli, nicht mehr genommen werden.

Der Vorsitzende entgegnet, dass die Gremienbesetzung das Verhältnis der jeweiligen Fraktionsstärken widerspiegle. Stadtrat Perinelli könne zudem als Zuhörer an den Ausschusssitzungen teilnehmen.

Hierauf fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Der geänderten Sitzverteilung und Gremienbesetzung entsprechend der Anlage zur Beschlussvorlage wird zugestimmt.

## **TOP 3**

### **Wohnungsmarktbericht 2015**

**Vorlage: 155/2015**

Der Vorsitzende verweist auf den mit dem Prolog begonnenen Leitbildprozess und spricht sich dafür aus, nun in das vorgeschlagene Potentialmodell einzusteigen. Für eine fundierte Entscheidungsgrundlage werden bereits Fakten und Grundlagen gesammelt. Angesichts der eingereichten Anträge versteht er die erste Enttäuschung, er plädiert aber für ein solides Vorgehen. Alle hätten letztendlich das gleiche Ziel vor Augen.

Komm. Fachbereichsleiter Haasis teilt ergänzend mit, dass das vorgeschlagene Vorgehen gemeinsam mit dem Gestaltungsbeirat intensiv entwickelt und das Planungsbüro Pesch ausgewählt wurde. Das Potentialmodell sei konsequent hergeleitet worden.

Stadtrat Heuer sieht in dem Büro einen guten Partner. Das Vorziehen einzelner Bereiche ergebe ggf. nur einen geringfügigen Zeitgewinn und sei wirtschaftlich nachrangig. Er geht auf die Vielzahl gegenwärtig laufender Bauvorhaben ein und sieht eine Entschärfung der Wohnraumsituation. Er lege Wert auf eine fundierte Wirtschaftlichkeitsberechnung und stimmt der Beschlussvorlage im Namen der CDU-Fraktion zu.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass die SPD-Fraktion jegliche Bemühungen zur Schaffung von Wohnraum sowie alle bundespolitischen Entscheidungen diesbezüglich unterstütze. An den Antragstellungen werde man sich nicht beteiligen, da der Wohnungsmarkt als Ganzes entspannt werden müsse. Er verdeutlicht, dass die Vergaberichtlinien für städtische Grundstücke geändert werden. Zudem müsse im kommenden Jahr hinsichtlich der Standortsuche des Landratsamtes und des Kreisklinikums Klarheit geschaffen werden. Als weitere Themen nennt er das Postareal, Vogelbachareal, Riesgässchen u.a. Stadtrat Schlecht erinnert an den gültigen Flächennutzungsplan aus dem Jahre 2009, der noch Flächenpotential aufweise. Im Ortsteil Hauingen stelle er den Bereich Siegmeeer zur Disposition. Er beantragt, aus der Beschlussziffer 3 das Gebiet Bühl III herauszunehmen.

Stadträtin Kurfess bestätigt, dass die Idee eines Potentialmodells aus dem Gestaltungsbeirat heraus entstanden sei. Vom Auslobungswettbewerb habe sie sich jedoch mehr erwartet. Sie betont, dass das Modell den politischen Mut nicht abnehmen werde und der Wille zum Gestalten schon viel früher hätte kommen müssen. Ihrer Meinung nach werde eine Nachverdichtung nicht ausreichen. Sie hinterfragt den Inhalt der Wirtschaftlichkeitsberechnung. Die Fraktion der Grünen werde der Vorlage zustimmen, fordere aber, mit Nachdruck an dem Thema dranzubleiben.

Stadtrat Claassen kritisiert, dass man viele Jahre nichts gemacht habe und auch seit der Gemeinderatsklausur Zeit vergangen sei. Auch er ist der Auffassung, dass die Potentiale des Flächennutzungsplans ausgeschöpft werden sollten. Im Falle des Salzerts seien viele Aspekte zu berücksichtigen. Er stimme im Namen der Freien Wähler dem Vorhaben zu, der Prozess müsse jedoch vorangetrieben werden.

Stadtrat Lusche mahnt die überbordende Flächenversiegelung im Land an. Siedlungs- und Stadtentwicklung müsse auch nachhaltig erfolgen. Die Potentiale seien mit Bedacht auszuschöpfen. Zu Recht habe man seit 2009 nicht alles forciert.

Stadtrat Bernnat plädiert dafür, sich nicht an allen Ecken und Enden zu verzetteln, sondern überlegt und konzentriert die Erschließung und Finanzierung neuer Baugebiete - vorzugsweise auf dem Salzert - anzugehen. Auch sei die Frage des Klinikstandortes zu klären.

Stadträtin Krämer möchte wissen, ob es durch die vorgeschlagenen Vergabekriterien zu Veränderungen für das beschlossene Baugebiet Belist kommen werde.

Stadträtin Herzog bittet, das Baugebiet Bühl III nicht auszugrenzen, sondern ebenfalls zu prüfen.

Der Vorsitzende nimmt zu den Wortmeldungen Stellung und rechtfertigt, dass die Verwaltung viele Themen vorangebracht habe. Auch er spricht sich dafür aus, das Gebiet Bühl III nicht aus der Beschlussziffer 3 herauszunehmen.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Vergaberichtlinien bereits beim Verkauf Am Kirchberg diskutiert wurden. Am Neubaugebiet Belist wolle man die Richtlinien weiterentwickeln, Die Rahmenbedingungen des Bebauungsplanes änderten sich dadurch nicht. Des Weiteren berichtet er, dass man hinsichtlich der Wohnbebauung Franz-Ehret-Straße mit der Schöpflin-Stiftung im Gespräch sei. Es sei unbestritten, dass mehr Wohnraum nötig sei.

Stadtrat Schlecht hält weiterhin die Herausnahme des Baugebiets Bühl III aus der Beschlussziffer 3 aufrecht.

Hierauf stellt der Vorsitzende zunächst die Beschlussziffern 1, 2 und 4 zur Abstimmung. Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Wohnungsmarktbericht 2015 der fachbereichsübergreifenden Projektgruppe wird zur Kenntnis genommen. Die Projektleitung der Projektkommission Wohnraumentwicklung 2020 plus wird ab 01.01.2016 auf den Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung übergehen.
2. Mit der Bearbeitung des Potentialmodells zur langfristigen Siedlungs- und Innenentwicklung ist das Büro pp a | s pesch partner architekten stadtplaner, Stuttgart zu beauftragen. Der Auftragsvergabe in Höhe von EUR 93.502,50 zzgl. MWSt wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen zugestimmt. Die Bausteine des Planungsdialogs werden entsprechend dem Projektfortschritt zusätzlich beauftragt.
4. Die Überarbeitung der Vergaberichtlinien ist auf Basis der dargestellten Eckpunkte für das Neubaugebiet Belist als Pilotprojekt weiterzuentwickeln.

Sodann wird über die weitergehende Beschlussziffer 3 abgestimmt, der der Gemeinderat einstimmig bei 7 Enthaltungen zugestimmt:

3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine überschlägige Wirtschaftlichkeitsberechnung für die im Flächennutzungsplan dargestellten Baugebiete Alte Rheinfelder Straße auf dem Salzert und Bühl III in Brombach zu erarbeiten.

#### **TOP 4**

#### **Erhalt des soziokulturellen Zentrums Nellie Nashorn**

#### **Vorlage: 198/2015**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage vor, die eine gute Lösung für das Nellie Nashorn, den SAK und die gesamte Kulturlandschaft der Stadt bedeute.

Stadtrat Lusche spricht die symbolische Beteiligung und Begleitung durch den SAK an und fragt, wie belastbar die Beziehung zwischen Freundeskreis und SAK sei. Der Vorsitzende hat diesbezüglich keine Bedenken, da der SAK ein kompetenter Dienstleister und der Freundeskreis Hauptgesellschafter seien.

Stadträtin Höfler erkundigt sich, ob es die Arbeitsgruppe Raumkonzepte gebe und was diese bisher geleistet habe.

Fachbereichsleiter Bühler bestätigt, dass sich die Arbeitsgruppe schon mehrfach getroffen habe und im Januar 2016 im Hauptausschuss oder Gemeinderat ein Zwischenbericht vorgesehen sei.

Stadtrat Glattacker hinterfragt die Anstellung von Herrn Krause und Frau Schneider beim SAK und unterstützt ausdrücklich die Ziffer 3 des Beschlussvorschlags. Zudem möchte er wissen, wie die Rückzahlung des Darlehens unter Ziffer 4 angedacht werde.

Stadträtin Cyperrek erklärt, dass das Nellie wieder eine Zukunft habe und dankt allen an der Lösung beteiligten. Die Krise habe auch etwas Positives hervorgebracht. Ihre Fraktion werde das Nellie weiterhin unterstützen und die weitere Entwicklung verfolgen. Sie spricht sich für den Verbleib des Nellie im Flachsländer Hof aus.

Stadtrat Berg hält das Nellie in Lörrach für unverzichtbar. Die Stadt könne stolz auf das soziokulturelle Zentrum sein, das auch Heimat verschiedener gesellschaftspolitischer Gruppierungen sei. Aus dem Unterstützerkreis habe sich ein engagierter Verein gebildet. Die Fraktion der Grünen stimme der Vorlage zu.

Stadtrat Lindemer schliesst sich der Zustimmung an und hofft, dass das Nellie in der vorgeschlagenen Form eine Zukunft habe.

Auf Nachfrage von Stadträtin Höfler sagt der Vorsitzende einen Sachstandsbericht nach einem Jahr zu.

Fachbereichsleiter Bühler und der Vorsitzende gehen auf die Anfragen von Stadtrat Glattacker ein.

Fachbereichsleiter Bühler teilt mit, dass der SAK Arbeitgeber der beiden genannten Personen bleibe. Die Laufzeit des Darlehens muss noch mit dem Verein abgestimmt werden. Hier ist noch zu klären welche Mittel der Verein zur Finanzierung des Gesellschaftskapitals verwenden kann. Und der Vorsitzende bemerkt, dass die Konditionen der Darlehensrückzahlung noch mit dem Verein abzustimmen seien, die ersten zwei bis drei Jahre aber tilgungs- und rückstellungsfrei gelassen werden sollten, damit das Nellie auf die Beine komme. Er schlägt vor, diese Massgabe in der Beschlussziffer 4 zu ergänzen. Der Gemeinderat ist hiermit einverstanden und fasst mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt vom Bericht der Verwaltung Kenntnis.
2. Der Gemeinderat begrüßt die Bildung einer gemeinsamen gGmbH des SAK e.V. und des Vereins „Freunde des Nellie Nashorn e.V.“, die den Fördervoraussetzungen des Landes entspricht.
3. Der Gemeinderat gewährt die weitere städtische Förderung für das soziokulturellen Zentrum über das Jahr 2016 hinaus , unter der Voraussetzung, dass der Verein SAK e. V. und der Verein Freunde des Nellie Nashorn e.V. spätestens bis zum 31.3.2016 alle Voraussetzungen umgesetzt haben, um den Erhalt des soziokulturellen Zentrums und den Fortbestand der Landesförderung über 2016 hinaus zu sichern. Sollte dies nicht möglich sein, endet zum 31.12.2016 mit der Landesförderung auch die Förderung durch die Stadt.
4. Im Haushalt 2016 sind die Mittel für die Vorfinanzierung der Einlage in die gGmbH in Höhe von 15.000 € als unverzinsliches **und für die ersten drei Jahre tilgungs- und rückstellungsfreies** Darlehen bereitzustellen.

## TOP 5

### Kulturentwicklungsplanung

#### Vorlage: 193/2015

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Stadtrat Dr. Vogelpohl begrüßt die vorgesehene Kulturentwicklungsplanung und hebt die Einbindung der Bürger hervor. Die auf dem Kulturforum vorgestellte Kulturentwicklungsplanung aus Radolfzell habe gezeigt, welches Potential eine solche Planung haben kann.

Stadträtin Cyperrek schließt sich dem an. Hierbei gehe es um Fragen, was dürfe Kultur kosten, welche Einrichtungen sollen gefördert werden, wie sieht die Förderung aus und wohin soll sich die Kultur in den nächsten Jahren entwickeln. Sie mahnt jedoch zur Kooperation statt Konkurrenz der Angebote und Einrichtungen.

Stadtrat Wernthaler erklärt, dass die freien und städtischen Einrichtungen ihre Kulturpolitik den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen müssen. Daher sei eine Standortbestimmung aus Sicht der Nutzer sinnvoll. Kultur solle für alle Bürger der Stadt verfügbar sein und auch das Thema Inklusion eingebunden werden.

Stadtrat Claassen zeigt sich hinsichtlich der Ergebnisse der Planung skeptisch, stimme im Namen seiner Fraktion dennoch der Vorlage zu. In diesem Zusammenhang spricht er die leerstehende Villa Aichele an, hinsichtlich deren Nutzung man sich intensive Gedanken machen müsse.

Sodann fass der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt den Fachbereich Kultur und Tourismus mit der Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes. Dieser soll eine Bestandsaufnahme der Lörracher Kulturlandschaft beinhalten und in einem offenen Beteiligungsprozess Leitlinien und Handlungsempfehlungen für die zukünftige Kulturpolitik der Stadt Lörrach erarbeiten.

## **TOP 6**

### **Jubiläumsfeierlichkeiten 50 Jahre Städtepartnerschaft Lörrach-Sens**

#### **Vorlage: 195/2015**

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor und lobt die langjährige Städtepartnerschaft mit Sens.

Die Stadträtinnen Roßkopf und Kurfeß und die Stadträte Bernnat und Pichlhöfer unterstützen im Namen ihrer Fraktionen den Beschlussvorschlag. Die Partnerschaft zu einer französischen Stadt habe vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse ein ganz neues Gewicht erhalten. Auf Antrag von Stadtrat Pichlhöfer legt der Gemeinderat eine Gedenkminute ein.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt den Fachbereich Kultur und Tourismus mit der Planung und Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten zum 50-jährigen Partnerschaftsjubiläum Lörrach-Sens.

## **TOP 8**

### **Jahresabschlüsse 2014 - Stadt und Ortsstiftungen**

**- Schlussbericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse (Vorlage: 164/2015)**

**- Feststellung der Jahresabschlüsse (Vorlage: 163/2015)**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

zu Vorlage 164/2015:

Der Schlussbericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2014 der Stadt Lörrach und der Ortsstiftungen wird zur Kenntnis genommen.

zu Vorlage 163/2015:

Die Jahresabschlüsse der Stadt Lörrach und der Ortsstiftungen werden gemäß § 95 b GemO wie in der Vorlage aufgeführt festgestellt.

## **TOP 9**

### **Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung - Jahresabschluss 2014**

**- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses (Vorlage: 166/2015)**

**- Feststellung des Jahresabschlusses (Vorlage: 148/2015)**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

zu Vorlage 166/2015:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 wird zur Kenntnis genommen.

zu Vorlage 148/2015:

1. Der Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung Lörrach wird gemäß §§ 9 Abs. 1 und 16 Abs. 3 EigBG wie in der Vorlage ausgeführt festgestellt.
2. Der erforderlichen Bildung einer Schmutzwassergebührenaussgleichsrückstellung i.H.v. 331.694,90 € wird zugestimmt.
3. Der erforderlichen Bildung einer Regenwassergebührenaussgleichsrückstellung i.H.v. 355.592,86 € wird zugestimmt.
4. Der Gewinn des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung in Höhe von 296.449,40 € wird, wie bereits in der Gebührenkalkulation für das Jahr 2014 vorgesehen, zum Ausgleich von Unterdeckungen bei der Niederschlagswassergebühr verwendet und auf neue Rechnung vorgetragen.
5. Der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung wird Entlastung erteilt.

## **TOP 10**

### **Eigenbetrieb Werkhof - Jahresabschluss 2014**

**- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses (Vorlage: 169/2015)**

**- Feststellung des Jahresabschlusses (Vorlage: 110/2015)**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

zu Vorlage 169/2015:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses wird zur Kenntnis genommen.

zu Vorlage 110/2015:

1. Der Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Werkhof Lörrach wird gemäß §§ 9 Abs. 1 und 16 Abs. 3 EigBG wie in der Vorlage ausgeführt festgestellt.
2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.
3. Der Verlust des Eigenbetriebs Werkhof in Höhe von 3.968,22 Euro wird dem bisher bestehenden Verlustvortrag zum 31.12.2013 i. H. von 82.446,85 € hinzugefügt und insgesamt mit 86.415,07 € durch den städtischen Haushalt ausgeglichen.

## **TOP 11**

### **Eigenbetrieb Stadtgrün und Friedhöfe - Jahresabschluss 2014**

**- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses (Vorlage: 167/2015)**

**- Feststellung des Jahresabschlusses (Vorlage: 112/2015)**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

zu Vorlage 167/2015:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses wird zur Kenntnis genommen.

zu Vorlage 112/2015:

1. Der Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Stadtgrün und Friedhöfe Lörrach wird gemäß §§ 9 Abs. 1 und 16 Abs. 3 EigBG wie in der Vorlage ausgeführt festgestellt.
2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.
3. Der Verlust des Eigenbetriebs Stadtgrün und Friedhöfe von insgesamt 160.954,58 Euro (Gewinn Stadtgrün: 57.990,74 Euro / Verlust Friedhöfe: 372.186,03 Euro / Gewinn Krematorium: 153.240,71 Euro) wird i. H. von 372.186,03 Euro durch die Stadt ausgeglichen und i. H. von 57.990,74 Euro an den Städtischen Haushalt überführt. Der auf den Betriebszweig Krematorium entfallende Gewinnanteil von 153.240,71 Euro wird mit dem dort bestehenden Verlustvortrag aus 2013 i. H. von 229.835,44 Euro verrechnet und auf neue Rechnung vorgetragen.

## **TOP 12**

### **Eigenbetrieb Stadtwerke - Jahresabschluss 2014**

**- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses Vorlage: 170/2015**

**- Feststellung des Jahresabschlusses Vorlage: 140/2015**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

zu Vorlage 170/2015:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses wird Kenntnis genommen.

zu Vorlage 140/2015:

1. Der Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes Stadtwerke wird gemäß §§ 9 Abs. 1 und 16 Abs. 3 EigBG wie in der Vorlage ausgeführt festgestellt.
2. Der Gewinn des Eigenbetriebes Stadtwerke in Höhe von 712.160,48 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Stadtwerke wird Entlastung erteilt.
4. Mit der Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei den Stadtwerken für das Jahr 2016 wird die LOEBA Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Wallbrunnstr. 24, Lörrach zum Preis von 15.000 € netto inkl. Spesen und Auslagen beauftragt.

## **TOP 13**

### **Beteiligungsbericht 2014**

**Vorlage: 175/2015**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadträtin Kurfeß bedankt sich für die vom Fachbereich Rechnungsprüfung geleistete Arbeit.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Beteiligungsbericht 2014 Kenntnis.

**TOP 14**  
**Friedhofsentwicklungsplanung**  
**Vorlage: 156/2015**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und zeigt auf, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag unter Beteiligung der Ortschaftsräte modifiziert wurde. Die Verwaltung könne dem neuen Beschlussvorschlag folgen.

Bürgermeister Dr. Wilke führt aus, dass den Lörracher Friedhöfen die Möglichkeit gegeben werden müsse, weiter zu entwickeln. Diese Entwicklungen müsse die Stadt aber auch steuern können. Zu Grunde liege eine veränderte beziehungsweise sich verändernde Bestattungskultur. Vor allem Ewigkeitsgräber würden in Zukunft stärker nachgefragt werden. In der Stadt gebe es insgesamt neun Friedhöfe. Für die Zukunft stelle sich die Frage, wie diese sich entwickeln sollen. Es müsse ebenso abgewogen werden, was machbar und erforderlich sei. Es gehe bei der Vorlage nicht um eine Friedhofsschließungsplanung, sondern darum, die künftigen Entwicklungen fachlich zu begleiten. Es gebe in der Diskussion viele offene Fragen. Zum Teil gebe es Flächen, die nicht mehr gebraucht würden. Die bestehende, jahrzehntelang gewachsene Struktur könne nicht einfach umgestoßen werden. Durch den eingangs vom Vorsitzenden dargestellten, geänderten Beschlussvorschlag der Vorlage könne diese von einer breiten Mehrheit unterstützt und mitgetragen werden.

Der Vorsitzende fragt, ob eine weitere Erläuterung der Vorlage erforderlich sei.

Stadträtin Krämer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Sie spricht ebenfalls die Sanierung der Schlossberghalle in Haagen und dafür notwendige finanzielle Mittel an.

Stadtrat Bernnat signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD zu dem geänderten Beschlussvorschlag. Man müsse an die Zukunft denken und daran, dass sich das Bestattungsverhalten in der Gesellschaft verändert habe. Es gebe in Lörrach viele Friedhöfe, die alle Teil des Ortsbildes seien. Die Diskussion über deren Zukunft sei unumgänglich.

Stadträtin Salach gibt an, dass die Fraktion der Grünen der Vorlage zustimmen wolle. Das Thema sei insgesamt sehr sensibel und erfordere einen sorgsamen Umgang. Flächen müssten weiter einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Ebenso bestehe auch schon eine Nachfrage nach einem Friedwald.

Stadtrat Denzer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler. Er sei optimistisch, dass keine Friedhöfe geschlossen werden müssen. Sicherheitsrelevante Maßnahmen müssten nach wie vor durchgeführt werden. In der Angelegenheit Friedhofsmauer Tumringen müsse der Denkmalschutz hintenangestellt werden, da es in erster Linie um eine Menge Geld und die Sicherheit der Friedhofsbesucher gehe.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Sicherheit auf den Friedhöfen nach wie vor sehr ernst genommen werde. Im Falle der Friedhofsmauer in Tumringen würden bereits Gutachten über die Statik der Mauer, den Natur- und den Denkmalschutz vorliegen. Insgesamt er-

gebe sich eine Investitionssumme in Höhe von rund 1.000.000,00 Euro für die Sanierung der Friedhofsmauer. Man sei sich mit dem Regierungspräsidium in dem Punkt einig, dass die Maßnahme nicht an Kostenfragen oder an Fragen des Natur- beziehungsweise Denkmalschutzes scheitern dürfe.

Stadtrat Escher wolle wissen, wer in der Angelegenheit die zuständige Denkmalschutzbehörde sei.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass die untere Denkmalschutzbehörde in diesem Fall das Regierungspräsidium Freiburg sei.

Stadtrat Pichlhöfer erklärt, dass man das Andenken an die Toten ehrwürdig wahren müsse. Diese hätten alle in Lörrach ihre Steuern gezahlt und ein würdevolles Totenbett verdient.

Stadtrat Schlecht äußert, dass die Thematik sehr sensibel sei, der veränderte Beschlussvorschlag aber mitgetragen werden könne. Auch die Ortschaftsräte seien mit der Beschlusslage einverstanden. Friedhöfe würden zur Heimat gehören und seien wichtiger Bestandteil der lokalen Identität. Wichtige Bereiche der Friedhöfe dürften nicht beschädigt werden. Es sei gut, dass die Friedhofsverwaltung für neue Vorschläge stets ein offenes Ohr habe. Er sei gespannt auf die weiteren Planungen.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Grundlagen für die weiteren Planungen ermittelt werden und mit Vertretern der Fraktionen im Gemeinderat und der Ortschaftsräte diskutiert werden.

Stadträtin Jaenisch bittet darum, die ortsansässigen Bestatter in die weiteren Planungen miteinzubinden.

Bürgermeister Dr. Wilke wolle diese Idee aufgreifen.

Der Gemeinderat stimmt sodann einstimmig, bei einer Gegenstimme, dem geänderten Beschlussvorschlag zu (siehe unten):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Friedhofsentwicklungsplanung für die Lörracher Friedhöfe zu erstellen und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die Investitionen und Bauunterhaltungsmaßnahmen auf den Lörracher Friedhöfen werden in den Wirtschaftsjahren 2016 und 2017 auf **notwendige Maßnahmen und Reparaturen reduziert. Dennoch ist die Verkehrssicherungspflicht zu gewährleisten und die Friedhöfe in einem gepflegten Zustand zu halten.**

## **TOP 15**

### **Tariffestsetzung Bäder 2015**

#### **Vorlage: 141/2015**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Erhöhungen der Gebühren notwendig seien. Die Verwaltung habe sich mit verschiedenen Fragestellungen befasst, unter anderem ob eine Saisonkarte für das dritte Kind gebührenfrei angeboten werden könne.

Stadtrat Kiefer äußert, dass die Fraktion der CDU beantrage, dass eine Saisonkarte für das dritte Kind gebührenfrei angeboten wird. Er begründet dies mit einer wesentlichen Entlastung von Familienhaushalten. Ebenso vermisse er in der Vorlage ermäßigte Gebührensätze für Empfänger laufender Hilfen.

Der Vorsitzende gibt an, dass ein entsprechender Passus im Text der Vorlage aufgenommen werden könne.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der vorgeschlagenen Vereinfachung der Tarifstruktur wird zugestimmt.
2. Der Anpassung der Tarife (Anlage 2 der Vorlage) wird zugestimmt.
3. Die Änderung tritt zur Freibadsaison ab dem 14.05.2016 in Kraft.

Der Vorsitzende verweist auf den ergänzenden Antrag der Fraktion der CDU und stellt diesen zur Abstimmung.

**Sodann beschließt der Gemeinderat ergänzend, dass eine Saisonkarte für das dritte Kind ab dem 14.05.2016 gebührenfrei angeboten wird.**

## **TOP 16**

### **Neubau Veloeinstellhalle - Kostenerhöhung**

#### **Vorlage: 064/2015**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und erklärt, dass die Thematik an sich nicht unproblematisch sei. Es sei die Frage aufgekommen, wie und in welcher Weise die Verwaltung über eine Kostenerhöhung informiert.

Stadtrat Bernnat vertritt die Auffassung, dass es von Seiten der Fraktion der SPD einige Enthaltungen geben werde. Es gebe eine große Diskrepanz zwischen den Kosten und Nutzen.

Stadträtin Wiesiollek gibt an, dass sie sich bei den Städten Karlsruhe und Freiburg erkun-

digt habe und dass es dort ähnliche Probleme gegeben habe. Um das Angebot zu etablieren brauche es Zeit und viel Geduld. Man benötige auch eine gute Werbestrategie.

Stadtrat Claassen sagt, dass man nicht darauf warten dürfe, dass es funktioniert. Man müsse auch die Verhältnisse beachten. Es brauche Lösungen, um einen regen Betrieb zu erreichen.

Stadtrat Böhringer tut kund, dass es nicht um die Velö-Halle gehe, sondern ums Prinzip. Es werde immer jedes Projekt teurer als ursprünglich veranschlagt. Er sei grundsätzlich gegen jedwede Kostenerhöhung.

Der Vorsitzende erklärt, dass man nun die Abstimmung vollziehen müsse. Natürlich wolle man die Auslastung der Velö-Halle erhöhen.

Der Gemeinderat fasst sodann, bei 15 Enthaltungen, einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Kostenerhöhung beim Bau der Veloeinstellhalle wird genehmigt.
2. Im Kernhaushalt der Stadt Lörrach werden 142.000 € überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

## **TOP 17**

### **Neubau Sporthalle Tumringen - Kostenerhöhung**

#### **Vorlage: 158/2015**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass auch dieses Objekt leider teurer geworden sei als ursprünglich kalkuliert.

Stadträtin Höfler führt aus, dass die Fraktion der CDU der Vorlage zustimmen wolle. Die personelle Situation im Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement sei schwierig gewesen. Auch in technischer Hinsicht seien die Kostenerhöhungen nachvollziehbar. Sie hoffe künftig auf genauere Kostenberechnungen. Sie wolle wissen, inwiefern sich der Sportverein an den Kosten für die Schnitzelgrube beteiligt habe. Auch bei der Schnitzelgrube sei es zu erhebliche Kostenerhöhungen in Höhe von 40.000,00 Euro gekommen. Es sei ihr unerklärlich, warum die Höhe der Honorare gemäß der HOAI (Honorarordnung Architekten und Ingenieure) zum Baubeginn im Jahr 2014 nicht abgeschätzt werden konnten, obwohl die Änderung der Honorarordnung bereits im Jahr 2013 in Kraft getreten sei.

Stadträtin Bachmann-Ade gibt an, dass die Fraktion der SPD auch bei dieser Vorlage nicht einheitlich abstimmen werde. Die Fraktion habe große Mühe mit einer Kostenerhöhung von 1,1 Millionen Euro. Sie hoffe, dass nicht noch weitere Kostenerhöhungen auf die Stadt zukommen.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass die Erteilung der Planeraufträge bereits im

Jahr 2011 erfolgt sei. Damals habe noch die alte Honorarordnung gegolten. Mit Einführung der neuen Honorarordnung seien die späteren Planungsleistungen der neuen Honorarordnung unterlegen.

Herr Braun erläutert, dass Schnitzelgruben in der Schweiz und in Frankreich eher verbreitet und relativ bekannt seien. In Deutschland seien Schnitzelgruben weniger bekannt, weshalb man bei diesem Bauvorhaben nicht auf Erfahrungen zurückgreifen konnte. Er schildert die ursprüngliche Berechnung der Kosten in Höhe von 120.000,00 Euro für die Einrichtung der Schnitzelgrube. Die öffentlichen Auflagen für eine solche Anlage seien sehr streng und es können sich schnell hohe Nebenkosten einstellen. Zwar hätten sich die Baukosten für die Anlage wie erwartet eingestellt, jedoch sei die notwendige Sicherheitstechnik deutlich teurer geworden.

Stadtrat Denzer fragt, ob die Honorarerhöhungen freiwillig an die Architekten gezahlt worden sind und ob diese nicht darauf hätten verzichten wollen.

Stadträtin Höfler äußert, dass 160.000,00 Euro eine Menge Geld für ein Loch im Boden sei. Sie wolle wissen, welchen Anteil an den Kosten die Sportförderung übernimmt.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass eine Kostenerhöhung immer unterschiedlich begründet werden könne. Jedoch müsste auch der Nutzen eines Projektes immer genau abgewogen werden. Bei öffentlichen Projekten komme es oftmals zu Kostenerhöhungen. Dies dürfe nicht zu pauschaler Kritik an den Vorhaben führen.

Herr Braun erklärt, dass die Kosten für die Schnitzelgrube zu je einem Drittel vom Verein/IGTS, vom badischen Sportbund und von der Stadt getragen werden sollten. Man dürfe bei der Diskussion über die Schnitzelgrube aber nicht das Gesamtprojekt an sich aus den Augen verlieren.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die genauen Zahlen in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales vorgelegt werden sollen.

Stadträtin Bachmann-Ade führt aus, dass die Schnitzelgrube sehr häufig genutzt werden wird. Die Anlage sei für sie sehr sinnvoll. Die Anlage werde nicht nur allein vom Turnverein Tumringen, sondern auch von anderen Vereinen genutzt werden.

Stadtrat Lusche moniert, dass teilweise eine unzulängliche Fachplanung erfolgt sei.

Der Vorsitzende gibt an, dass sich nicht die Frage nach weiteren, derartigen Planungen stelle.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Erhöhung der Kosten für den „Neubau der Sporthalle Tumringen“ von 5.797.500 € um 1.100.000 € auf 6.897.500 Mio. € (alle Summen einschl. 19 % MwSt.) wird genehmigt.

## **TOP 18**

### **Konzessionsvergabeverfahren Gas**

**Vorlage: 184/2015**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Auswertung der Angebote im Konzessionsvergabeverfahren zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat entscheidet sich, nach eigenständiger Bewertung das Angebot der bnNETZE GmbH anzunehmen.
3. Der Gemeinderat nimmt das Gutachten gemäß § 107 GemO zu dem von der bnNETZE GmbH vorgelegten Konzessionsvertrag Gas zur Kenntnis.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderliche Bekanntmachung des Ergebnisses des Konzessionsvergabeverfahrens im Bundesanzeiger zu veranlassen und die unterlegenen Bieter entsprechend § 101 GWB zu informieren.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, das kommunalaufsichtsrechtliche Verfahren durchzuführen und nach Nichtbeanstandung bzw. Gesetzmäßigkeitsbestätigung den Konzessionsvertrag Gas mit der bnNETZE GmbH abzuschließen. Zu Änderungen des im Entwurf vorliegenden Konzessionsvertrages ist der Oberbürgermeister ermächtigt, soweit sie redaktioneller Natur sind und/oder Vorgaben der Kommunalaufsicht entsprechen und/oder soweit sie nicht wesentliche Vertragsinhalte grundlegend verändern.

## **TOP 19**

### **Einlegung des Geschäftsanteils an der regioDATA in den Betrieb gewerblicher Art (BgA) "Vermessung"**

**Vorlage: 160/2015**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit Wirkung vom 01. Januar 2015 den Geschäftsanteil an der regioDATA Gesellschaft für raumbezogene Informationssysteme mbH (regioDATA) in Höhe von 8.400,00 Euro (Nennwert) in den Betrieb gewerblicher Art „Vermessung“ einzulegen.

## **TOP 20**

### **Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuweisungen gemäß § 78 Abs. 4 GemO Vorlage: 206/2015**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. der Vermittlung der dargestellten Zuwendungen wird zugestimmt.

## **TOP 21**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

#### **21.1 Nutzung städtischer Einrichtungen**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Ältestenrat sich darauf verständigt habe, dass im Vorfeld des Landtagswahlkampfes alle städtischen Einrichtungen im Rahmen der bestehenden Miet- und Entgeltordnungen genutzt werden dürfen.

## **TOP 22**

### **Allgemeine Anfragen**

#### **22.1 Baustelle Haagener Straße**

Stadtrat Claassen gibt an, dass aufgrund einer Baustelle in der Haagener Straße der Verkehrsfluss erheblich eingeschränkt sei. Er wolle wissen, wann die sogenannte Schleppkurve in Angriff genommen werde.

#### **22.2 Antrag der Fraktionen der CDU und der Freien Wähler**

##### **- Radweg rechts der Wiese**

Stadtrat Claassen gibt ebenfalls an, dass die Fraktionen der CDU und der Freien Wähler den gemeinsamen Antrag stellen, dass weitere Planungen hinsichtlich des letzten Teilstücks des Radwegs rechts der Wiese bis auf Weiteres eingestellt werden (Anlage 1). Die Begründung hierfür sei hinreichend bekannt.

#### **22.3 Situation Familienzentrum**

Stadtrat Schlecht wolle wissen, wie es in Sachen Unterbringung des Familienzentrums weitergehe. Er bittet um einen Bericht.

Der Vorsitzende antwortet, dass mit Beginn des kommenden Jahres ein Bericht vorgelegt

werde.

## **22.4 Erfassung von Baulücken**

Stadtrat Berg gibt an, dass die Stadt sämtliche Baulücken erfassen und in das Baulückenkataster aufnehmen müsse. Es sei wichtig die Stadt nach innen zu verdichten.

Der Vorsitzende erklärt, dass auch hierzu in einer Ausschusssitzung berichtet werden solle.

## **22.5 Kundenbefragung Baurecht**

Stadtrat Lindemer führt aus, dass die Beantwortung einer Anfrage hinsichtlich der Kundenbefragung im Fachbereich Baurecht noch ausstehe. Er wolle wissen, wann das Ergebnis der Befragung verkündet werde. Er fragt sich, warum gesagt wurde, dass in den Gremien berichtet worden ist, obwohl kaum Informationen hinsichtlich der Thematik an die Gremien weitergereicht wurden.

## **22.6 Verfahren Anfragen**

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, ob für den Gemeinderat ein Verfahren bei dem Tagesordnungspunkt Allgemeine Anfragen umgesetzt werden könne, welches, wie auch im Kreistag, auf vorher schriftlich gefassten und gesammelten Fragen basiert.

Der Vorsitzende gibt an, dass er die Anregung gerne prüfen wolle.

## **TOP 23**

### **Fragestunde der Bürger**

keine

## **TOP 24**

### **Offenlegungen**

24.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am 22. Oktober 2015

## **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: